

Detlef Brunsch
Fraktionsvorsitzender
Dahlkampstraße 24
48432 Rheine
mobil: 0172-8446912
detlef@brunsch.de

Rainer Ortel
Fraktionsvorsitzender
Dahlkampstraße 46
48432 Rheine
0163 7745971
rainer.ortel@web.de

Rheine, 24.09.2026

An den Rat der Stadt Rheine

BM Dr. Peter Lüttmann

Rathaus

Änderungs-/Ergänzungsantrag zur Ratssitzung am 29.09.2026
TOP 7 – Vorlage 694/26
Plausibilitätsprüfung von Anträgen – Vom Prüfauftrag zur tatsächlichen Entlastung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Peter,

Die -Fraktion FDP/UWG Rheine beantragt, zu TOP 7 der Ratssitzung am 29.09.2026 folgenden Beschluss zu fassen:

Beschlussvorschlag

1. Der Rat nimmt die bisherigen Ergebnisse der Verwaltung zur Plausibilitätsprüfung von Anträgen zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Prüfprozess nunmehr in eine konkrete Umsetzungsphase zu überführen. Ziel ist ausdrücklich nicht die Einrichtung zusätzlicher dauerhafter Prüf-, Dokumentations- oder Berichtspflichten, sondern die nachweisbare Reduzierung bestehenden Verwaltungsaufwandes.
3. Hierzu wählt die Verwaltung aus den bereits identifizierten geeigneten Bereichen zunächst **bis zu drei konkrete Verfahren** aus, bei denen vollständige Einzelfallprüfungen durch Stichproben, Plausibilitätsprüfungen, Pauschalierungen, automatisierte Datenabgleiche oder andere vereinfachte Verfahren ersetzt bzw. reduziert werden können.

Fraktion FDP/UWG Rheine
c/o Rainer Ortel
Dahlkampstr. 46
48432 Rheine

Stadtparkasse Rheine
BIC: WELADED1RHN
IBAN: DE31 4035 0005 0000 0448 83

4. Für jedes ausgewählte Verfahren werden vor der Umstellung in möglichst einfacher Form folgende Ausgangswerte ermittelt:
 - durchschnittliche jährliche Fallzahl,
 - bisheriger durchschnittlicher Bearbeitungs- bzw. Prüfaufwand,
 - daraus resultierender durchschnittlicher jährlicher Personalaufwand,
 - erwartete Reduzierung des Bearbeitungsaufwandes durch das vereinfachte Verfahren.
5. Die vereinfachten Verfahren sollen anschließend – soweit rechtlich zulässig – **praktisch erprobt und umgesetzt** werden. Zusätzliche Prüfschritte sollen nur eingeführt werden, wenn sie zur rechtssicheren Umsetzung zwingend erforderlich sind.
6. Nach einer angemessenen Erprobungsphase berichtet die Verwaltung dem Haupt-, Digital- und Finanzausschuss über die Ergebnisse. Dabei ist insbesondere darzustellen bzw. zu prüfen:
 - wie viele Bearbeitungsstunden tatsächlich eingespart wurden,
 - ob sich Bearbeitungszeiten für Bürgerinnen und Bürger verkürzt haben,
 - welche zusätzlichen Aufwendungen gegebenenfalls durch das neue Verfahren entstanden sind,
 - welche finanziellen bzw. personellen Entlastungen dauerhaft erwartet werden können und
 - ob das jeweilige Verfahren auf weitere Bereiche der Stadtverwaltung übertragen werden kann.
7. Soweit sich durch die Umstellung dauerhaft Arbeitsaufwand reduziert, ist diese Entlastung bei der Personalbemessung und bei zukünftigen Stellenplanentscheidungen zu berücksichtigen.
8. Über die Ergebnisse der ersten Umsetzungsphase ist dem zuständigen Ausschuss **spätestens bis zur ersten Sitzung nach der Sommerpause 2027** zu berichten.

Begründung

Mit dem Antrag der FDP/UWG-Fraktion zur Plausibilitätsprüfung sollte ein konkreter Beitrag zum Bürokratieabbau innerhalb der Stadtverwaltung geleistet werden. Dabei geht es nicht darum, bestehende Prüfverfahren lediglich durch neue Prüfverfahren über die Prüfverfahren zu ergänzen.

Der Erfolg des Antrages bemisst sich vielmehr daran, ob am Ende **weniger Verwaltungsaufwand, kürzere Bearbeitungszeiten und eine tatsächliche Entlastung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Bürgerinnen und Bürgern** stehen.

Die bisherigen Überlegungen der Verwaltung zeigen, dass Vereinfachungspotenziale grundsätzlich vorhanden sind. Nun sollte der Schwerpunkt deshalb von der verwaltungsweiten Suche nach weiteren theoretischen Möglichkeiten auf die praktische Erprobung konkreter Verfahren verlagert werden.

Dabei soll ausdrücklich vermieden werden, für die Umsetzung des Bürokratieabbaus eine neue dauerhafte Berichts- und Controllingstruktur aufzubauen. Die Ermittlung weniger aussagekräftiger Kennzahlen soll vielmehr einmalig die Feststellung ermöglichen, ob die jeweilige Vereinfachung tatsächlich einen Nutzen bringt.

Für die FDP/UWG-Fraktion gilt dabei der Grundsatz:

Bürokratieabbau ist erst dann erreicht, wenn am Ende weniger Arbeit anfällt und nicht, wenn über Bürokratieabbau lediglich mehr berichtet wird.

Die gewonnenen Erkenntnisse sollen anschließend genutzt werden, erfolgreiche Vereinfachungen auf weitere geeignete Bereiche der Stadtverwaltung zu übertragen. Gleichzeitig müssen tatsächlich erzielte Entlastungen perspektivisch auch Auswirkungen auf Personalbedarf, Stellenplanung und Verwaltungsaufwand haben.



Fraktionsvorsitzender



Fraktionsvorsitzender